

Vorlage Nr. IX/9/2013  
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

## **Einrichtung eines Klimastadtbüros für Angelegenheiten des Klimawandels in Bremerhaven im Umweltdezernat bei gleichzeitiger Integration der Geschäftsstelle Klimastadt in das Umweltdezernat**

### **A Problem**

Die Koalitionäre beschlossen in ihrer Vereinbarung vom 5. Juli 2011 über die Zusammenarbeit zwischen SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN in der 18. Wahlperiode 2011 bis 2015 ein Umweltdezernat unter GRÜNER Leitung einzurichten, um

- der Energiepolitik in der Stadt eine Schlüsselrolle einzuräumen und dem Umweltdezernat die Zuständigkeit für sämtliche Bremerhavener Klimaschutzprogramme zuzuordnen,
- und schließlich alle Klimaschutzbemühungen in der Stadt am CO<sub>2</sub>-Einsparziel Bremerhavens ausrichten zu können.

Betroffen sind hiervon

- die Fortschreibung des Masterplans aktive Klimapolitik für Bremerhaven
- und die Bearbeitung des Qualitätsmanagements zum European Energy Award EEA® unter Federführung des Umweltschutzamtes,
- die Umsetzung der „Konzeptstudie Klimastadt“ zur Verbesserung der Klimaschutzaffinität in Bremerhavens Wirtschaftssektor unter Projektträgerschaft der BIS „Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH“ durch die Geschäftsstelle Klimastadt und den Koordinator Klimastadt,
- sowie die klimapolitische Abstimmung zwischen Bremen und Bremerhaven und das CO<sub>2</sub>-Monitoring Bremerhavens durch das Klima-Management des Senators für Umwelt Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen.

Diese Komponenten sollen nun in einer kommunalen Organisationseinheit zusammengeführt werden, damit Abwägungen und Zielvorgaben der kommunalen Klimapolitik sowohl in die Abläufe der kommunalen Grundversorgung als auch in die zivilgesellschaftlichen Entwicklungsprozesse einfließen können. Diese gesamtgesellschaftliche Querschnittsbetrachtung der Klimapolitik entspricht dem wiederholt erklärten Willen der Stadtverordneten. Die Koalitionäre sprechen in diesem Zusammenhang von der Einleitung eines „Prozesses Klimastadt“ ( siehe StVV V 25/2010 und Protokoll 20. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, sowie Vereinbarung zur Zusammenarbeit –Koalition- zwischen

SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN in der 18. Wahlperiode der Seestadt Bremerhaven 2011 - 2015).

In der »Konzeptstudie Klimastadt« sollten unter dem Wort „Klimastadt“ Aktivitäten im Sinne einer inneren Identifikation mit und einer nach außen gerichteten Wahrnehmung von Klimakompetenzen in der Stadt Bremerhaven gebündelt werden. Das Ziel war der Ausbau zu einem nach innen authentischen und nach außen weithin wahrnehmbaren Kompetenzzentrum unter der Marke "Klimastadt Bremerhaven". Er sollte eine für die Ansiedlung klimaschutznaher Wirtschaftszweige günstige Ballung von Produktions- und F&E-Kompetenz in den Unternehmen sowie den lokalen Hochschul- und Forschungseinrichtungen plakatieren und symbolisieren. Von Beginn an stand diese Projektierung jedoch vor drei großen Schwierigkeiten. Zum einen blieb die Initialzündung geeigneter Klimaprojekte mangels Anschubfinanzierung aus. Darüber hinaus ließ sich die Auffassung der Initiatoren vom engeren Sinngehalt des Begriffs Klimastadt nicht wie gewünscht vermitteln. Weite Teile der Öffentlichkeit und der Kommunalpolitik dagegen vertraten die Haltung, „Klimastadt“ müsse einen zivilgesellschaftlichen Zustand umschreiben. Ein Anspruch, den die „Konzeptstudie Klimastadt“ in dieser Deutlichkeit nie erhob. Öffentliche Erwartungshaltung und nach außen sichtbare Umsetzung des Projekts standen damit im Widerspruch zueinander. Infolgedessen kam es zu einem öffentlich ausgetragenen Dissens über die Identifikation mit der »Klimastadt« und die Integration der lokalen Akteure aus Bürgergesellschaft, Wirtschaft sowie Politik und Administration in das Projekt. Diese Auseinandersetzungen erschwerten es zusehends, eine aktive Kooperation der Wirtschaft einzuwerben, womit der Wesenskern des ursprünglichen F&E-Konzepts „Klimastadt“ ausgehöhlt und eine bedeutende Zielgruppe der Konzeptstudie zunächst nicht erreicht wurde. Der von der Koalition eingeleitete „Prozess Klimastadt“ soll diesen Dissens konstruktiv auflösen, indem die administrative und die zivilgesellschaftliche Klimaschutzentwicklung in Bremerhaven organisatorisch vereint werden. Beider bisheriger Entwicklungsgang wird im Folgenden erörtert.

#### *Administrativer Klimaschutz in der Daseinsvorsorge durch Masterplan und EEA*

Der Magistrat befasste sich erstmals am 14.09.2005 mit der kommunalen Energieeffizienz Bremerhavens und beschloss, durch ein an die DIN ISO 9001 angelehntes Qualitätsmanagement die Energieeffizienz in der Kommune systematisch zu erfassen, auszubauen und zertifizieren zu lassen (Magistratsvorlage VI/75/2005). Zwei interne und eine externe Auditierung verkörpern die Prüfsteine dieses Qualitätsmanagements. Sie werden von einem lizenzierten Energieberater der Kommune und einem akkreditierten Auditor durchgeführt. Im Idealfall endet das externe Audit mit dem Erwerb des European Energy Award®. Die Federführung für das Qualitätsmanagement übernahm das damalige Bau- und Umweltdezernat, das die Ausführung dem Umweltschutzamt übertrug. Die bei der Bestandsaufnahme ermittelten kommunalen Energieeffizienz-Defizite konnten im Laufe von fünf Jahren beseitigt werden, sodass Bremerhaven in 2011 mit dem European Energy Award® zertifiziert wurde. Mit diesem Zertifikat verbindet sich der Titel „Europäische Klimaschutzkommune“. Der Titel wird der Kommune für drei Jahre zuerkannt. Die Fortführung des Qualitätsmanagements zum EEA® wurde inzwischen für weitere drei Jahre beschlossen (Magistratsvorlage IX/9/2012), sodass der Neuerwerb des Zertifikats für 2014 in Aussicht steht. Das diesjährige interne Audit lässt bis 2013 eine deutliche Effizienzsteigerung gegenüber 2011 erwarten.

Etwa ein Jahr nach Einstieg in das EEA®-Qualitätsmanagement beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat mit der Auflage eines kommunalen Programms für den Klimaschutz (Beschluss StVV – A 96/2007). Dieses Programm, heute „Masterplan aktive Klimapolitik für Bremerhaven“ (MAK) genannt, umfasst mehrheitlich Klimaschutzmaßnahmen in der Stadtentwicklung und des kommunalen Energiemanagements sowie Maßnahmen im Bildungssektor. Auch hier liegt die Geschäftsführung beim Umweltschutzamt. Die Fortschreibungen des MAK werden grundsätzlich der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt (vergl. oben zitierten Beschluss der StVV).

Der Masterplan aktive Klimapolitik (MAK) und das Qualitätsmanagement zum European Energy

Award® (EEA®) ergänzen sich in ihrem jeweiligen Wert für den Klimaschutz der Stadt. Die Bedeutung des MAK liegt in seiner politischen Gewichtung. Er steht im Rang eines strategischen Instruments kommunaler Klimapolitik. Derzeit ist die dritte Fortschreibung des „Masterplan aktive Klimapolitik“ von 2011 (MAK 2011) als klimapolitisches Arbeitsprogramm Bremerhavens in Kraft gesetzt (Beschluss StVV - V 71/2011). Mit diesem Arbeitsprogramm wird das Klimaschutzziel der Stadt Bremerhaven anvisiert, die lokalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 40% zu senken (StVV AT 15-2011). Der MAK 2011 bildete die Grundlage für eine klimapolitische Kooperation zwischen Magistrat und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen. Der MAK 2011 ging als Bremerhavener Beitrag in das klima- und energiepolitische Programm der Städte Bremen und Bremerhaven KEP2020 ein. Er ist substanzieller Beitrag des Magistrats zum Förderantrag für das seit 2012 tätige Klimaschutzmanagement im Land Bremen, das zur Umsetzung des KEP 2020 und zum Monitoring der kommunalen CO<sub>2</sub>-Emissionen eingesetzt wurde (Bericht der Verwaltung, vorgelegt in der 22. Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 30. Mai 2013). Aktuell bewegen sich Bremerhavens CO<sub>2</sub>-Emissionen im prognostizierten Absenkpfad (ebenda).

Während der Masterplan aktive Klimapolitik (MAK) mit seinen Maßnahmen auch zivilgesellschaftliche Anknüpfungspunkte aufweist, werden im European Energy Award® (EEA®) nahezu ausschließlich die internen Prozesse der kommunalen Administration und der Wirtschafts- und Eigenbetriebe des Magistrats behandelt. Der EEA® ist damit das Energieeffizienzprogramm der kommunalen Exekutive. Dieses Programm wird im Gegensatz zum Masterplan mit externer Fachberatung erarbeitet und durchläuft ein standardisiertes Controlling, das der DIN 90001 entlehnt ist. Dieser Standard bietet gegenüber dem Masterplan den Vorteil eines direkten Qualitätsvergleichs zwischen Bremerhaven und den übrigen etwa 420 EEA®-Kommunen in Deutschland. In der deutschlandweiten Rangordnung der EEA®-Kommunen liegt Bremerhaven mit seiner kommunalen Energieeffizienz inzwischen im oberen Drittel. Ferner stehen sämtliche EEA®-Kommunen über ein EEA®-Erfahrungsnetzwerk im Austausch. Weil die Geschäftsführung für den MAK und den EEA® in einer Hand liegen, liefern EEA®-Netzwerk und die externe Beratung wertvolle Impulse für die Klimapolitik in Bremerhaven.

Sowohl der Masterplan aktive Klimapolitik wie auch das Qualitätsmanagement zum European Energy Award® setzen mit ihren Maßnahmen bei der kommunalen Grundversorgung an. Sie fokussieren damit auf die Daseinsvorsorge im weiteren Sinne<sup>1</sup>.

#### *Zivilgesellschaftlicher Klimaschutz gemäß „Konzeptstudie Klimastadt“*

Der auf der Daseinsvorsorge liegende klimapolitische Fokus von „Masterplan aktive Klimapolitik“ (MAK) und European Energy Award® (EEA®) wurde am 27.09.2007 um einen zivilgesellschaftlichen klimapolitischen Fokus ergänzt, als die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat damit beauftragte, die Weiterentwicklung des lokalen maritimen Netzwerks im Bereich Klimaforschung zu konzipieren. Man forderte ein Konzept zum Ausbau und zur Vernetzung klimaschutznaher Produktions- und F&E-Kompetenz in Bremerhaven. Dadurch sollten Bremerhavens regionales Alleinstellungsmerkmal in diesem F&E Bereich weiter ausgebaut und Anreize für die Ansiedlung von bspw. Windenergieunternehmen gesetzt werden. Im Ergebnis wurde damit ein Papier zur sektoralen Wirtschaftsstrukturentwicklung in Auftrag gegeben, das im Gegensatz zu EEA® und MAK die Klimapolitik als wirtschaftsstrukturellen Gestaltungsfaktor in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt. Dieses Konzept lag den Stadtverordneten in der Sitzung vom 10. Juni 2010 als „Konzeptstudie Klimastadt“ zur Beschlussfassung vor (StVV – V 25/2010).

---

<sup>1</sup> Daseinsvorsorge bezeichnet hier kommunale Leistungen zur allgemeinen Grundversorgung der Bevölkerung. Dies umfasst zum Beispiel die Wohn- und Verkehrsinfrastruktur, Bildungsangebote, Kulturelles, Ver- und Entsorgung, Sicherheit usw.

Die Konzeptstudie empfiehlt die Verknüpfung und die aufeinander abgestimmte Entwicklung von klimaschutzbasierter Wirtschaftsstruktur und klimaschutzorientierter Daseinsvorsorge. Diesem Vorschlag folgten die Stadtverordneten in ihrer Beschlussfassung zur „Konzeptstudie Klimastadt“ am 10. Juni 2010 und ergänzten ihn darüber hinaus um die Forderung nach einer institutionalisierten Bürgerbeteiligung (siehe StVV V 25/2010 und Protokoll 20. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit Änderung des Beschlussvorschlages). Entsprechend dieser Beschlusslage ging der Magistrat an die organisatorische und operative Umsetzung, indem er gemäß Magistratsvorlage I/182/2010 nachstehend beschriebene Entwicklungsstrategie bzw. Maßnahmen umsetzte

Die Berufung des Koordinators und Repräsentanten der Klimastadt Bremerhaven Herrn Prof. Dr. Meinhard Schulz-Baldes erfolgte im Dezember 2010, ein entsprechender Beratervertrag wurde mit der BIS abgeschlossen, die finanziellen Mittel wurden aus dem Haushalt des Referats für Wirtschaft bereitgestellt. Erste Arbeitsgruppensitzungen der einzelnen Klimastadtprojekte wurden von den benannten Klimastadtakteuren umgehend durchgeführt und vom Koordinator begleitet. Parallel dazu beantragte das Referat für Wirtschaft in Bremerhaven beim Senator für Wirtschaft und Häfen in Bremen (SWH) EFRE-Mittel in Höhe von 480.000 Euro als Anschubfinanzierung für Projekte in neun Arbeitsgruppen und für die Einrichtung einer Geschäftsstelle. Diesen Antrag lehnte der SAW nach längerem Verhandeln ab. Um dennoch eine Geschäftsstelle für die Klimastadt Bremerhaven realisieren zu können, warb die BIS Personalmittel für 20 Wochenstunden beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr als Anschubfinanzierung bis Ende 2013 ein. Die Bremer Energie-Konsens GmbH stellte bis Ende 2013 weitere Personalmittel für zehn Wochenstunden bereit. Ein Projektmitarbeiter (Klimastadtmanager) wurde befristet bis zum 31.12.2013 bei der BIS eingestellt. Nach der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Mitte 2011 und der Neuordnung der Klimaschutzzuständigkeit im Magistrat wurde die Geschäftsstelle der Klimastadt Bremerhaven in einer Bürogemeinschaft, dem sogenannten KLIMA\*HAVEN, in der Schifferstraße 36-40 etabliert. Im KLIMA\*HAVEN befinden sich auch die Büros des energiekonsens GmbH und des einmal wöchentlich residierenden KEP2020-Managements des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Synergieeffekte ergeben sich hier auf inhaltlicher Ebene in Bezug auf klimaschutzbasiertes Marketing sowie durch eine Optimierung der Infrastrukturkosten. Die klimaschutzorientierte Daseinsvorsorge Bremerhavens wurde in diese Bürogemeinschaft bislang noch nicht befriedigend eingebunden.

Der Beirat zur Klimastadt Bremerhaven tagte zuletzt am 07.12.2011. Die Analyse dieser Sitzung ergab, dass eine Neustrukturierung des Klimastadtprozesses erforderlich sei. Die in der Magistratsvorlage I/182/2010 ursprünglich skizzierte organisatorische und operative Umsetzung der Konzeptstudie »Klimastadt« war damit nicht mehr haltbar. Als Neuerung richtete das Umweltdezernat eine klimapolitische Steuerungsgruppe ein. Sie ist die Schnittstelle zwischen Kommunalpolitik und den Projektgruppen der Klimastadt, an der die Sprecher der Projektgruppen, der Koordinator und der Klimastadt-Manager der Geschäftsstelle Klimastadt, das Referat für Wirtschaft und das Umweltschutzamt teilnehmen. Zur Anschubfinanzierung der Projektarbeit stellte Umweltdezernat den Klimaprojekten für die Jahre 2012 und 2013 insgesamt € 70.000 Projektmittel aus dem Etat des Umweltdezernats zur Verfügung. Die Zuteilung dieser Mittel wird in der oben genannten klimapolitischen Steuerungsgruppe diskutiert und abgestimmt. Zeitgleich nahm der Koordinator Klimastadt eine Neuausrichtung der einzelnen Klimastadtprojekte vor. Derzeitige Aktivitäten der Klimastadtprojektgruppe sind in exemplarischer Aufzählung:

1. Verbundprojekte Wirtschaft/Wissenschaft: Präsentation von Fördermöglichkeiten auf Gruppentreffen, Umsetzung von Klimaschutzprojekten im Rahmen der PFAU-Förderung bei FRoSTA und Weserwind, Identifizierung von Bremerhavener Unternehmen mit vorbildlichen Klimaschutzaktivitäten und deren Darstellung in Form von Best-Practice Beispielen auf der Internetseite der Klimastadt sowie der Organisation von Firmenbesichtigungen.
2. Kommunikation: am 12.08.2013 gegründet, Thema Klimastadt soll stärker ins Stadtmarketing eingebunden werden, Aufbau einer Fotodatenbank

3. BürgerInnen & Bildung: hat 2013 den Klimastadttag organisiert, Kooperation mit dem Stadttheater in der Produktion „Odyssee: Klima“, Durchführung von Fair Trade Aktionen
4. Elektromobilität: ist in die beiden Untergruppen „Elektrofahrräder“ und „Elektroautos“ unterteilt, Pedelec-Testfahren zusammen mit dem ADFC, Befragung zu Elektrofahrrädern durch die Hochschule Bremerhaven (Studentenprojekt), Bremerhavener Unternehmen beteiligen sich am UIELMO-Projekt von Nehlsen
5. Bauen und Sanieren: es entstand ein Handbuch „Bremerhavener Modernisieren“
6. Nachhaltiger Tourismus: Vermarktung Moorschutz-Klimazertifikate über Internetseite, Planung Fahrradstation in den Havenwelten

Die einzelnen Klimaprojektgruppen intensivierten im Laufe des Jahres 2013 stetig ihre Arbeit und können erste Resultate vorweisen. Zur besseren Sichtbarkeit des Klimastadtprozesses wurde unter Bürgerbeteiligung und in Zusammenarbeit mit dem Umweltdezernat das Logo „Kurs Klimastadt Bremerhaven“ sowie entsprechendes Informationsmaterial entwickelt. Die Plakette für Grünstrom ist ein Beispiel hierfür. Besonders im Jahr 2013 konnte sich der Kurs Klimastadt Bremerhaven auf verschiedenen Veranstaltungen präsentieren, u. a. auf der Fischereihafenmesse am 12. April 2013, auf dem Klimastadttag am 15. Juli 2013 auf dem Theodor-Heuss-Platz in Bremerhaven und auf den Bremerhavener energietage am 12/13. Oktober im Schaufenster Fischereihafen. Über die inzwischen eingerichtete eigene Internetseite [www.klimastadt-bremerhaven.info](http://www.klimastadt-bremerhaven.info) wurde die Kommunikation ausgeweitet.

Die BIS konnte im Jahr 2012 einmalig aus dem Förderbereich Innovationspolitik des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen 53.000 Euro an Marketingmitteln für den Klimastadtprozess einwerben. Der Einsatz dieser Mittel muss mit einem Effekt für die Wirtschaft bis Ende 2013 erfolgen, und ist nicht mehr verlängerbar.

Der Klimawandel wurde in der Vergangenheit meist als Bedrohung empfunden, wodurch die Wahrnehmung durchaus vorhandener Chancen in den Hintergrund trat. Letztgenannten Aspekt möchte die Geschäftsstelle Klimastadt aber stärker betonen. Das spiegelt sich in der Arbeit der Klimastadtprojektgruppen wieder, in denen neben reaktiven Ansätzen zur Minderung der Treibhausgasemissionen auch innovative Ansätze als Antworten auf den Klimawandel entworfen werden. Die Akteure engagieren sich in den Gruppen teilweise als Gruppenkoordinatoren über ihr tägliches Arbeitspensum hinaus. Gerade hier ist eine weitere Unterstützung durch die Geschäftsstelle und den Koordinator dringend erforderlich. Eine dauerhafte Fortführung ist wichtig, um den mit viel Arbeit und einigen Anlaufschwierigkeiten vornehmlich auf Subsidiarität angelegten zivilgesellschaftlichen Zweig des Klimastadtprozesses zum Blühen zu bringen. Aufgrund der überaus komplexen Systematik zivilgesellschaftlicher Klimaschutzarbeit ist es ebenso wichtig, den derzeitigen Koordinator sowie den Klimamanager-Klimastadt übergangslos weiter zu beschäftigen, um so die für Wirtschaftsunternehmen unerlässliche Kontinuität in der Ansprache sicherzustellen. Die mit dem Ende einer Beschäftigung verbundene Preisgabe der inzwischen nachweislich vorhandenen spezifischen Kenntnisse und neu entstandenen Netzwerke wird aus Sicht des Umweltdezernats als nachteilig für Bremerhavens jüngst hinzugewonnene klimapolitische Reputation eingeschätzt.

Sowohl der Beratervertrag mit dem Koordinator als auch der Arbeitsvertrag mit dem Klimamanager-Klimastadt laufen am 31.12.2013 aus.

#### *Kurs Klimastadt Bremerhaven – Unternehmen auf dem Wege zur Green Economy*

Bremerhaven selbst möchte seine CO<sub>2</sub>-Emissionen als Stadtgemeinschaft senken, den positiven Strukturwandel fortführen und sichere Arbeitsplätze für seine Bürger schaffen. Dafür möchte die Stadt ein attraktiver Standort für zukunftssichere Unternehmen sein. Auf

Bundesebene gibt es gleichzeitig die Initiative für einen Umbau der deutschen Wirtschaft zu einer nachhaltigen "Green Economy". Die Marktchancen hierfür werden positiv gesehen: Energie- und Rohstoffeffizienz werden zunehmend zum Wettbewerbsfaktor, Umwelt- und Effizienztechnologien sind Wachstumstreiber entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette. Kurs Klimastadt könnte für den Wirtschaftsbereich bedeuten, dass Bremerhaven sich das Ziel setzt, zum „Vorreiter für eine Green Economy“ zu werden. Namhafte Unternehmen in Bremerhaven haben diesen Weg bereits eigenständig eingeschlagen. Zu nennen sind die FROSTA AG, bremenports, die Fischereihafenbetriebsgesellschaft mbH und das Sail City Hotel Atlantic. Die BIS möchte gemeinsam mit dem Umweltdezernat die Green Economy in Bremerhaven fördern und die Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen damit stärken. Eine Aufgabe des Klimastadtmanagers könnte es sein, die Beteiligung der Unternehmen einzuwerben und sie zu unterstützen. Damit würde die Stadt weiter konsequent den notwendigen Strukturwandel voranbringen und so einen Nutzen für die ganze Stadtgemeinschaft schaffen.

## B Lösung

Die Verträge des Koordinators und des Klimastadtmanagers werden mit Wirkung zum 01. Januar 2014 vom Dezernat IX/Personalamt für drei Jahre verlängert.

In der neu einzurichtenden Geschäftsstelle der Klimastadt Bremerhaven sollen zukünftig alle den „Prozess Klimastadt“ begleitenden Akteure unter einem Dach zusammengefasst werden. Hierzu zählen die zwei bisher im Umweltschutzamt beschäftigten Mitarbeiter, ein Ausbildungsplatz, zwei KEP 2020 Manager, der Klimastadt Koordinator und der Klimastadtmanager. Zusätzlich muss hier eine halbe Stelle einer Büroangestellten geschaffen werden. Perspektivisch sollte das Team dann noch um einen wissenschaftlichen Mitarbeiter ergänzt werden.

Die administrative und organisatorische Anbindung des Klimastadtbüros wird, soweit sie nicht der Tabelle unter „D Finanzielle/Personalwirtschaftliche/ Genderprüfung“ zu entnehmen ist, im Detail erst nach Beschlusslage geregelt. Zu diesem Zweck soll eine Ladenimmobilie der Stäwog in der Einkaufsstraße „Bürger“ angemietet werden, die eine stärkere Wahrnehmung der Klimaschutzaktivitäten der Kommune in Form von Aktionen, Vorträgen, Events und Anschauungsobjekten herbeiführen soll. Da eine Immobilie von ausreichender Größe kurzfristig nicht zur Verfügung steht, soll vorerst eine Aufteilung in eine kleinere Ladenimmobilie und eine Büroimmobilie in Reichweite erfolgen.

## C Alternativen

Keine die zu empfehlen ist und mit der Umsetzung der im Kapitel »Problem« geschilderten Beschlusslage in Einklang zu bringen wäre. Das vorübergehende Einfrieren des Klimastadtprozesses birgt die Gefahr, dass der angestrebte Klimastadt-Prozess wegen fehlender Unterstützung und Koordination der Akteure im zivilgesellschaftlichen Bereich irreversibel erlahmt. Eine vorübergehendes Anhalten des Prozesses kann daher ebenfalls nicht empfohlen werden.

## D Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/ Genderprüfung

### Personalausstattung und Kosten

Funktion	Entgeltgruppe	Kosten
Wissenschaftl. Mitarbeiter, Büroleiter		vorhanden

Verwaltungs Ang.		vorhanden
<b>Klimastadt Manager</b> Diese Personalstelle wird jeweils zur Hälfte von der BIS und aus Haushaltsmitteln des Umweltdezernats finanziert.	<b>9</b>	<b>55.000 €</b>
<b>Büroangestellte 0,5 Stelle</b>	<b>5</b>	<b>20.050 €</b>
KEP 2020 Manager (Bremen/Bremerhaven)		SUBV
KEP 2020 Manager (Bremen/Bremerhaven)		SUBV
Wissenschaftl. Mitarbeiter Zur Vertretung Bremerhavens bei der Umsetzung des IKS des Regionalforums, EU-Beauftragter der Klimastadt Teilnehmer des EU-Arbeitskreises Fördermittel, Akquise von Klimaschutz-Fördermitteln des Land, Bundes etc.	11	60.000 €
<b>Koordinator Klimastadt</b> Diese Personalstelle wird jeweils zur Hälfte von der BIS und aus Haushaltsmitteln des Umweltdezernats finanziert.		<b>23.500 €</b>
Ausbildungsplatz Verwaltungs. Ang.		Amt 11

#### *Mietkosten (Ladenraum)*

Die angedachte Ladenimmobilie der Stäwog sowie der zusätzliche Büroraum verursachen Mietkosten von ca. 30.000,- €/Jahr zzgl. Nebenkosten.

#### *Umbaukosten*

Baukosten (Umbauten, Beleuchtung, Telefon, Infrastruktur etc.) lassen sich erst am konkreten Projekt ermitteln. Hier sollte gleich zu Beginn auf Energieeffizienz Wert gelegt werden.

#### *Büroausstattung, Kosten des Betriebs*

Die vorhandenen Mitarbeiter verfügen alle über eine entsprechende Büroausstattung incl. eines PCs. Bei optischer bzw. qualitativer Gleichschaltung müsste hier noch ein entsprechender Betrag zur Verfügung gestellt werden. Das gleiche gilt für neue Mitarbeiter. Eine Anbindung der EDV an die b. i. t. verursacht ebenfalls Kosten, die jedoch hier im Gesamtkontext zu vernachlässigen sind. Für Verbrauchsmaterial müsste natürlich ein entsprechendes Budget zur Verfügung gestellt werden. Allerdings sind diese Kosten bisher auch schon, wenn auch dezentral, angefallen. Analog gilt dies für laufende Kosten wie Telefon, Fax, Strom etc.

Die zu finanzierenden Gesamtkosten für das angedachte Klimastadtbüro belaufen sich in der ersten Ausbaustufe (ohne zusätzlichen wissenschaftl. Mitarbeiter) für die BIS auf ca. 40.000 € und für die Stadt auf ca. 100.000 €/Jahr. In der zweiten Ausbaustufe erhöht sich der städtische Anteil um 60.000 € auf 160.000 € /Jahr. Die Projektarbeit der zivilgesellschaftlich gestalteten Klimaprojekte, wie sie die Konzeptstudie Klimastadt vorsieht, wird bis Ende 2017 mit € 60.000/Jahr aus Bingomitteln des Landes Bremen finanziert. Laufzeit des Projektes zunächst bis Ende 2016. Mitte 2016 ist über eine Fortführung neu zu entscheiden.

#### *Marketing*

Für Marketingmaßnahmen und zur Umsetzung von Aktivitäten (z.B. Messeteilnahmen, Druckerzeugnisse, Veranstaltungen) werden jährliche Projektmittel in Höhe von 50.000 € pro Jahr benötigt.

#### *Finanzen*

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 20.03.2012 den Haushaltplan

2012/2013 beschlossen. Hierbei wurden dem Umweltschutzamt zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000 €/jährlich zugewiesen. Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde im Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 11.12.2012 beschlossen, dass die Einnahmen aus der „Umweltlotterie Bingo!“ ab dem Haushaltsjahr 2014 dem Umweltdezernat für Projekte im Bereich Umweltschutz verlagert werden. Im Finanz- und Wirtschaftsausschuss wurden am 28.02.2013 weitere 100.000 € dem Umweltdezernat für die Klimastadt zur Verfügung gestellt. Somit stehen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 – vorbehaltlich des Beschlusses – 260.000 € für die Klimastadt zur Verfügung. Die Bingo-Mitteln sollen ausschließlich für Projekte der Klimastadt – gesteuert durch die 8 Arbeitsgruppen und der klimapolitischen Steuerungsgruppe – verwendet werden. Es verbleiben somit 200.000,-€ für die Aktivitäten der Klimastadt.

**Somit ist die Finanzierung des Klimabüros mit den vorhandenen Mitteln für die Jahre 2014/2015 gesichert.**

Die Einrichtung eines Referats / Klimastadtbüros für Angelegenheiten des Klimawandels in Bremerhaven, bei gleichzeitiger Integration und Fortführung der „Geschäftsstelle Klimastadt“ im Umweltdezernat, ist von erheblicher Bedeutung für die Erreichung des Klimaschutzzieles der Stadtverordnetenversammlung, bis 2020 mindestens 40% lokaler CO<sub>2</sub>-Emissionen einzusparen.

Für eine Gleichstellungsrelevanz gibt es derzeit keine Anhaltspunkte.

**E Beteiligung / Abstimmung**

Die Vorlage ist mit der BIS und dem Referat I/8 abgestimmt.

**F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Es besteht eine Veröffentlichung nach dem BremIFG.

Die Einrichtung des Klimastadtbüros wird öffentlichkeitswirksam begleitet.

**G Beschlussvorschlag**

Der Magistrat beschließt die Einrichtung eines Klimastadtbüros für Angelegenheiten des Klimawandels in Bremerhaven bei gleichzeitiger Integration und Fortführung der „Geschäftsstelle Klimastadt“ für die Dauer von vorerst 3 Jahren, anzusiedeln beim Umweltdezernat, und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

gez.  
Anke Krein  
Stadträtin

gez.  
Grantz  
Oberbürgermeister